

N I E D E R S C H R I F T

zur 6. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 15.12.2011.

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 21:10 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau, Rolf Hintermeier

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Elisabeth Wege

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

SPD-Fraktion

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Andreas Kaletsch

Von der CDU-Fraktion

Heijo Hoß

FDP-Fraktion

Christian Fischer

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Stefan Bug (I. Beigeordneter), Andreas Tauche, Kurt Wenz, Helge Fuhr, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz

Entschuldigt fehlten:

Reinhard Karber, Reiner Sauer, Alexander Steiß

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**

3. **Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2011 die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindergärten durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu fördern**
31/11/2011/11-16
4. **Vergabe für die Planung zur Herstellung von Stellplatzflächen im Bereich vom Bürgerhaus in Roth**
41/23/2011/11-16
5. **1. Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 06.16 "Am roten Weg", OT Niederweimar;
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 13 (a) des Baugesetzbuches**
41/41/2011/11-16
6. **1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2011**
20/18/2011/11-16
7. **Beitritt zur "Energie Marburg-Biedenkopf GmbH"**
10/28/2011/11-16
8. **Wahl einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters für die
Verbandsversammlung des Regionalen Nahverkehrsverbandes (RNV)**
10/27/2011/11-16
9. **Haushaltssatzung 2012 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)
und Haushaltssicherungskonzept**
20/23/2011/11-16
10. **Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2011 hinsichtlich gemeindlicher
Maßnahmen zum Hochwasserschutz**
60/7/2011/11-16
11. **Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2011 zur Erstellung eines gemeindlichen
Wärmekatasters**
60/6/2011/11-16
12. **Anfragen**
13. **Verleihung von Ehrenbezeichnungen gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung
mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**
11/41/2011/11-16
14. **Ehrung verdienter Sportlerinnen/ Sportler, Mitbürgerinnen/ Mitbürger,
Mannschaften**
31/10/2011/11-16
15. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 19.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern

seien 19 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.
Er gratulierte dem Mandatsträger Andreas Kaletsch nachträglich zum Geburtstag und wünschte ihm im Namen der Anwesenden gute Besserung, da er sich im Krankenstand befinde.

2. Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters

Beschlüsse aus den Gemeindevorstandssitzungen vom 17.11. und 08.12.2011:

- a) Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, für die Flächen innerhalb des gekennzeichneten Bereiches gemäß der Planskizze die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 06.16 „Am roten Weg“ im Sinn des § 30 (1) BauGB vorzunehmen.
- b) Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, dass sich die Gemeinde Weimar (Lahn) an der Netzgesellschaft Energie Marburg-Biedenkopf GmbH beteiligt.
- c) Der Gemeindevorstand stellt den Entwurf zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 mit seinen Bestandteilen sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes fest und beschließt, ihn zur weiteren Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung vorzulegen.
- d) Beschluss, mit der Firma Städtewerbung Schnelle GmbH einen Vertrag über das Aufhängen von Plakaträhmen im Gebiet der Gemeinde Weimar (Lahn) abzuschließen. Der Vertrag soll zunächst zur Probe auf die Dauer eines Jahres geschlossen und zum 01.01.2012 wirksam werden.
- d) Beschluss, für die Anlegung des Retentionsraumes zur Wenkbachverlegung die Fläche in der Gemarkung Wenkbach, Flur 1, Flurstück 8 (9.560 m²) und Flurstück 9 (1.634 m²) zu erwerben.

3. Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2011, die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindergärten durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu fördern

Drucksache: 31/11/2011/11-16

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, berichtete, dass das Thema ausführlich in der Ausschusssitzung diskutiert wurde. Die antragstellende Fraktion habe dort erklärt, dass es ihr vor allem um die Sicherung der Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindergärten der Gemeinde gehe. Sie sehe Konzeptionstage als selbstverständlich an, welches zu unterstützen und zu fördern sei. Von dem I. Beigeordneten, Herrn Bug, sei in der Ausschusssitzung angeführt worden, dass die Kindergärten Oberweimar und Roth Konzepte erarbeitet hätten, wobei das Konzept des Kindergartens Oberweimar in schriftlicher Form vorliege. Der Kindergarten Niederwalgern verfüge zwar über kein schriftliches pädagogisches Konzept, jedoch werde selbstverständlich nach einem Konzept gearbeitet. Hier müsse noch ein Profil erstellt und das Konzept verschriftlicht werden. Zur Erstellung des Konzeptes, so habe Herr Bug im Ausschuss verdeutlicht, halte er es für wenig hilfreich, externe Hilfe anzufordern. Das Konzept sollte intern von den Erzieherinnen und der Kindergartenleitung erarbeitet werden.

Herr Hans J. Heuser (FBW) habe im Ausschuss die Meinung vertreten, dass der Antrag an den Gemeindevorstand zu richten sei, da es sich um eine personelle Angelegenheit handele, die nicht in die Gemeindevertretung gehöre. Dies sei von weiteren Ausschussmitgliedern unterstützt worden.

Darüber hinaus habe der I. Beigeordnete erklärt, so die Ausschussvorsitzende, dass er es als problematisch ansehe, wenn die Kindergärten aufgrund von Konzeptionstagen geschlossen würden.

Herr Paulsen (SPD) habe im Ausschuss noch erklärt, so Frau Schneider, dass er es für sinnvoll halte, sowohl die Kindergartenleitung als auch den Gemeindevorstand bei der Beratung mit einzubeziehen.

Frau Schneider erklärte, dass der Ausschuss mit 2 Ja- Stimmen und 4 Nein-Stimmen der Gemeindevertretung empfehle, den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen.

Herr Paulsen (SPD) erklärte für seine Fraktion, dass es Ziel des Antrages sei, den Wunsch der Erzieherinnen zur Einrichtung von Konzeptionstagen zu unterstützen. Aus Sicht seiner Fraktion sei es ein wesentliches Element, die bestehenden Konzepte auch weiter zu entwickeln. Die Arbeit und die Motivation der Erzieherinnen werde von seiner Fraktion in besonderem Maße wertgeschätzt.

Eine Konzeption, so Herr Paulsen, sei nicht starr und unveränderbar, sondern ein dynamischer Prozess, den es gelte, fortlaufend auf den aktuellen Bedarf und den Wissensstand anzupassen und weiterzuentwickeln.

Kindergärten seien soziale Lebenswelt für die Kinder und die dort arbeitenden Menschen. Die Wertigkeit und Qualität werde durch die Förderung von sozialen, kreativen, lernmethodischen und sprachlichen Kompetenzen bestimmt. Die Einrichtung von Konzeptionstagen ermögliche den Erzieherinnen die Teilhabe am Prozess eines Qualitätsmanagements und führe gleichsam zu mehr Berufszufriedenheit und Lebensqualität. Konzeptionstage gehörten zum pädagogischen Standard und führen zu einer Qualitätssteigerung der Kinderbetreuung.

Auch aufgrund des künftig steigenden Bedarfs an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren sehe es seine Fraktion als sträflich an, das Personal der Kindergärten nicht entsprechend zu beteiligen.

Seine Fraktion bitte daher nochmals um Zustimmung zu diesem Antrag.

Frau Wege (CDU) machte deutlich, dass ihre Fraktion nicht an der qualifizierten Arbeit in den gemeindlichen Kindergärten zweifele. Ihre Fraktion sehe zum einen hier den Gemeindevorstand als den richtigen Ansprechpartner, da es um Personalangelegenheiten gehe und auch um durch Maßnahmen bestimmte zusätzliche Schließungstage der gemeindlichen Kindergärten. Zum anderen sei in der Diskussion im Ausschuss klar geworden, dass den Wünschen der Mitarbeiterinnen in den Kindergärten auf Fort- und Weiterbildung bisher immer entsprochen wurde. Solange ihre Fraktion feststelle, dass das pädagogische Personal sich an den Gemeindevorstand wenden könne und dort bezüglich der Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen immer ein offenes Ohr finde, sehe sie für ihre Fraktion keinen Handlungsbedarf.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) erklärte, dass seine Fraktion selbstverständlich für die weitere Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und der Fortschreibung der Konzepte sei. Seine Fraktion gehe davon aus, dass man ihr die Konzepte vorlege, dies sei ja bereits geäußerter Wunsch in der letzten Parlamentssitzung gewesen. Auch aufgrund der Aussage des I. Beigeordneten in

der Ausschusssitzung, dass der Gemeindevorstand bisher nie einen Antrag auf Fort- und Weiterbildung abgelehnt habe, lasse für seine Fraktion den Schluss zu, dass es hier keinen Handlungsbedarf gebe. Darüber hinaus sehe seine Fraktion auch den Gemeindevorstand als den richtigen Ansprechpartner.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass es für ihre Fraktion nicht um die inhaltlich von der SPD-Fraktion geforderten pädagogischen Konzepte und Vorgaben gehe. Das sei für ihre Fraktion selbstverständlich, ebenso selbstverständlich wie die ständige Fortbildung der Mitarbeiterinnen und damit die Erhaltung des qualitativen guten Standards der Kinderbetreuung. Sie habe bereits das Wort „Kinderverwahranstalt“ in dem Antrag der SPD-Fraktion gestört. Ihre Fraktion wehre sich gegen die unausgesprochene Unterstellung, dass es in den gemeindlichen Kindergärten ein Qualitätsmangel gebe. Aus diesen Gründen und da nach ihrer Meinung die Gemeindevertretung das falsche Ansprechgremium sei, werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

In der Sitzung des HFWA sei geäußert worden, dass es möglicherweise an der Qualität der Weimarer Kindergärten liege, dass es Eltern gebe, die ihre Kinder nach Marburg in besondere pädagogische Einrichtungen bringen. Gegen diese Aussage verwahre sich ihre Fraktion ausdrücklich.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge beschließen:
Der Gemeindevorstand wird beauftragt, Fortbildungen und Konzeptionstage für das pädagogische Fachpersonal in den Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn) jährlich zu ermöglichen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Beratungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen

4. Vergabe für die Planung zur Herstellung von Stellplatzflächen im Bereich vom Bürgerhaus in Roth

Drucksache: 41/23/2011/11-16

Hierzu nahm der Vorsitzende des Ausschusses für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz, Herr Hans J. Heuser, Stellung.

In Anwesenheit des Ortsbeirates in dieser Ausschusssitzung sei intensiv und sachlich beraten worden. Es habe ein Vorschlag der Verwaltung, eine sogenannte kleine Lösung zur Erstellung von 19 Stellplätzen vorgelegen, wobei nach Aussage des Ortsbeirates diese Stellplätze nicht ausreichend seien und man daher die größere Variante zur Erstellung von 29 Stellplätzen wünsche.

Konsens war, dass weitere Stellflächen geschaffen werden müssen. Auf Vorschlag des Bürgermeisters einigte man sich darauf, sich anhand einer Ortsbegehung einen direkten Eindruck zu verschaffen. Diese Begehung sollte vor der nächsten Sitzung des Ausschusses stattfinden und die Erkenntnisse der Ortsbesichtigung in die Diskussion mit einfließen. Danach solle eine abschließende Beratung in der nächsten Gemeindevertreterversammlung erfolgen.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

**5. 1. Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 06.16 "Am roten Weg", OT Niederweimar;
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 13 (a) des Baugesetzbuches**

Drucksache: 41/41/2011/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Ausschusses für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz, Herr Hans J. Heuser, dass Bürgermeister Peter Eidam in der Sitzung die Planung zur Schaffung einer Seniorenwohnanlage vorgestellt habe. Zur Durchführung dieses Vorhabens müsse eine Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 0616 erfolgen. Der Ausschuss habe das Projekt zur Schaffung von Wohnmöglichkeiten für ältere und behinderte Mitmenschen sehr positiv aufgenommen.

Der Ausschuss empfehle daher der Gemeindevertretung die Beschlussfassung des vorliegenden Beschlussentwurfs.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt für die Flächen, die innerhalb des gekennzeichneten Bereiches liegen, siehe Anlage 1, die 1. Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 06.16 „Am roten Weg“ im Sinne des § 30 (1) BauGB.

Die Kosten des Änderungsverfahrens hat der Veranlasser bzw. der durch die Änderung Begünstigte zu tragen.

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

6. 1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2011

Drucksache: 20/18/2011/11-16

Es berichtete der stellvertretende Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Manfred Möller.

Im Ausschuss seien die Veränderungen des vorliegenden Nachtrages von Bürgermeister Eidam erklärt worden und zusätzlich als Tischvorlage über eine aktuelle Mehreinnahme zur Gewerbesteuer mit der damit verbundenen erhöhten Gewerbesteuerumlage hingewiesen und erläutert worden.

Der ursprüngliche Fehlbetrag (von 1.353.150,-- € auf 1.299.383,-- €) habe damit nochmals um 272.700,-- € reduziert werden können.

Bürgermeister Eidam habe die Notwendigkeit zur eingeplanten Erhöhung der Kassenkredite zur Gewährleistung des laufenden Geschäftsbetriebes erläutert und hierzu über den im Jahresverlauf in Anspruch genommenen Kassenkredite von durchschnittlich 2,16 Mio. € hingewiesen.

Verschiedene Ausschussmitglieder hätten erklärt, so Herr Möller weiter, dass sie zumindest die Umsetzung eines Teils der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes erwartet hätten.

Bürgermeister Eidam habe hierauf geantwortet, dass verschiedene Positionen in der Prüfungsphase seien oder bereits umgesetzt wurden, so z.B. die Anpassung der Friedhofsgebühren.

Herr Laucht habe im Ausschuss erklärt, so Herr Möller weiter, dass die Zahlungsfähigkeit der Kommune zwar sichergestellt sein müsse, jedoch die geplante Höhe der Kassenkredite enorm sei.

Herr Wenz habe erklärt, dass nach seinem Dafürhalten die Erhöhung der Kassenkredite nicht im Nachtrag 2011, sondern im Haushalt 2012 hätten Berücksichtigung finden sollen, worauf Bürgermeister Eidam erläutert habe, dass auch für den Zeitraum bis zur Rechtskraft des neuen Haushaltsplanes eine Anhebung des Kassenkredites notwendig werde.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beschließung des

vorliegenden Entwurfes des I. Nachtrages 2011.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) erklärte, dass es sich alle Ausschussmitglieder nicht einfach gemacht hätten mit der Entscheidung über die Anhebung der Kassenkredite. Allerdings habe der Bürgermeister sehr deutlich die Notwendigkeit dargestellt, denn die Gemeinde müsse handlungsfähig bleiben. Sehr positiv sei dagegen die nicht vorhersehbare zusätzliche Gewerbesteuerzahlung aufgenommen worden, so dass eine Reduzierung des Fehlbetrages erreicht werden konnte. Für die Zukunft bleibe festzuhalten, dass es 2 Möglichkeiten gebe, Einnahmen zu generieren. Zum einen seien das die Möglichkeiten der Maßnahmen des Konsolidierungskonzeptes. Die Haupteinnahme einer Gemeinde sei jedoch die Einkommen- und Gewerbesteuer. Das bedeute, dass die Gewerbeflächen, die die Gemeinde habe, verstärkt zu vermachten seien.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) erklärte für seine Fraktion, dass er zunächst einmal an die Haushaltsrede des stellvertretenden Vorsitzenden der FBW erinnern wolle, in der dieser bereits vorhergesagt habe, dass in dem Fall, wenn die Gemeinde immer mehr Geld ausbebe als sie einnehme, „würden uns die Kassenkredite überholen“.

Für seine Fraktion sei es auch eine bittere Pille gewesen, der Erhöhung der Kassenkredite zuzustimmen. In diesem Zusammenhang verwies er noch mal auf die Haushaltsreden der letzten Jahre seiner Fraktion, in denen das Sparen immer sehr massiv angemahnt wurde. Seine Fraktion empfinde die Tatsache, dass die Gemeinde ca. 15.000,-- € an die Stadt Marburg entrichten müsse für Kinder aus der Gemeinde Weimar, die in Marburg einen Kindergartenplatz belegen, obwohl in der hiesigen Gemeinde Kindergartenplätze vorgehalten werden, als bedenklich. Auch die Tatsache, dass die Stadt Marburg sich nicht an die Vereinbarung, auf gegenseitige Kostenerstattung zu verzichten, halte. Ansonsten werde seine Fraktion dem vorliegenden Entwurf des I. Nachtrages 2011 zustimmen.

Der I. Beigeordnete, Herr Bug, bat um das Wort und erklärte, dass auch die Stadt Marburg sich an die Vereinbarung halte. Grundsätzlich gehe es hier um Kindergartengebühren, die fällig würden für Kindergartenplätze, die von ihrem Profil her von der Gemeinde nicht vorgehalten werden. Er nannte hier z.B. die Einrichtung „Weißer Stein“, die „Freie Schule“ oder Waldorfkindergärten. Er bedaure ebenfalls, dass diese Kinder nicht die vorgehaltenen freien Plätze belegen, jedoch gehöre es zu der Entscheidungsfreiheit der Eltern, sich für einen Kindergarten mit einem besonderen pädagogischen Konzept zu entscheiden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den I. Nachtrag zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 mit seinen Anlagen (Haushaltsplan).

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

7. Beitritt zur "Energie Marburg-Biedenkopf GmbH"

Drucksache: 10/28/2011/11-16

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Manfred Möller, berichtete, dass Bürgermeister Eidam in der Ausschusssitzung in Bezug auf die Vorlage den Sachverhalt erläutert und noch zusätzliche Angaben über die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse verteilt habe. Darüber hinaus habe er verschiedene

Aspekte dargelegt, die die Notwendigkeit eines Beitritts unterstreichen. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beteiligung an der Netzgesellschaft „Energie Marburg-Biedenkopf GmbH“. Die Einlage betrage 4.200,-- €

Herr Jürgen Rabenau (SPD) erklärte, dass er den Beitritt befürworte, da er diese Entscheidung als logischen Schritt empfinde. Es habe berechtigte Zweifel daran gegeben, ob die Gemeinde jemals in der Lage sein werde, die Netze zu erwerben. Er sehe es als positiv, dass die Gemeinde durch die Mitgliedschaft auch ein Mitspracherecht erhalte.

Beschluss:

Die Gemeinde Weimar (Lahn) beteiligt sich an der Netzgesellschaft Energie Marburg-Biedenkopf GmbH. Die Einlage beträgt 4.200,00 Euro.

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

**8. Wahl einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters für die
Verbandsversammlung des Regionalen Nahverkehrsverbandes (RNV)**

Drucksache: 10/27/2011/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, erläuterte, dass die Stellvertreterin in der Bezirksversammlung des Regionalen Nahverkehrsverbandes (RNV), Frau Barbara Muzzolini, aus der Gemeindevertretung ausgeschieden sei. Damit sei die Position neu zu besetzen. Aus der Versammlung wurde Herr Rolf Hintermeier vorgeschlagen. Weitere Vorschläge wurden nicht unterbreitet.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung wählt folgende Stellvertreterin bzw. folgenden Stellvertreter in die Bezirksversammlung des Regionalen Nahverkehrsverbandes (RNV):
Herrn Rolf Hintermeier.

Beratungsergebnis: Einstimmig

**9. Haushaltssatzung 2012 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)
und Haushaltssicherungskonzept**

Drucksache: 20/23/2011/11-16

Bürgermeister Peter Eidam erläuterte, dass sich der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 08.12.2011 mit dem Haushaltsentwurf 2012 nebst Investitionsprogramm und Stellenplan sowie dem Haushaltskonsolidierungskonzept beschäftigt habe. Der vorliegende Entwurf sei formell festgestellt worden. Er lege den Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 im Auftrag des Gemeindevorstandes vor.

Zunächst einmal wolle er jedoch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Vorbereitung zum Haushaltswerk mitgearbeitet hätten und so zur Erstellung beigetragen haben, herzlich danken.

Zu dem Zahlenwerk selbst bleibe zunächst festzustellen, dass der Plan einen Fehlbetrag von 815.187,-- € ausweise, das seien im Vorjahr noch 1.353.150,-- € gewesen.

In diesem Fehlbetrag von 815.187,-- € valutieren alleine die vorzunehmenden

Abschreibungen des Anlagevermögens mit einem Minusbetrag von 673.530,-- €, die sich im Ergebnishaushalt niederschlagen.

Durch die geplante Erhöhung des Messbetrages der Kreis- und Schulumlage von bisher 56,6 % auf die maximal zulässige Höhe von 58 % habe die Gemeinde einen zusätzlichen Betrag von 244.760,-- € zu schultern. Dazu komme der Gemeindeanteil an der geplanten Kompensationsumlage von 79.700,-- €. Alleine dieser Mehraufwand für 2012 führe im Ergebnis zu einer Mehrbelastung von 324.460,-- €.

Natürlich würde man sich wünschen, die bisherigen Hebesätze beibehalten zu können, so Bürgermeister Eidam weiter, dies würde zu einer weiteren Haushaltskonsolidierung beitragen. Aber das werde wohl Wunschdenken bleiben.

Aufgrund dieser umfassenden Leistung an Umlagen relativieren sich die erhöhten Einnahmeprognosen auf Schlüsselzuweisungen in Höhe von 491.600,-- € und Einkommensteueranteilen in Höhe von 184.950,-- €. Festzuhalten bleibe jedoch definitiv eine Einnahmeverbesserung, bezogen auf die ursprüngliche Bemessungsgrundlage in Höhe von 484.196,-- €. Im Bereich der Personalkosten sei eine tarifliche Erhöhung von 3 % eingearbeitet worden. Darüber hinaus sei im Jahre 2012 wieder die Besetzung einer Ausbildungsstelle vorgesehen.

Im Abwassergebührenhaushalt sei die Anpassung der Gebühren auf 3,50 €/je Qubikmeter Abwasser eingerechnet worden, somit stünden 320.400,-- € zur Sanierung der Kanäle für 2012 bereit.

Im Gebührenhaushalt „Abwasser“ sei ein zusätzlicher Betrag für die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr (Ermittlung und Erfassung der Flächen) in Höhe von 62.500,-- € vorgesehen. Die Mittel für die Kanalsanierung im Haushaltsjahr 2012 würden durch diesen Betrag entsprechend reduziert. Bezüglich der Müllentsorgung sei die Rücklage auf ein Volumen von 317.000,-- € festgesetzt. In 2011 sei eine Beschlussfassung über die Reduzierung der Müllabfuhrgebühren erfolgt. Dies mache eine Reduktion von 48.000,-- € aus, was eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger darstelle.

Durch die Anpassung der Gebühren im Friedhofs- und Bestattungswesen konnte das ursprüngliche Defizit auf 38.140,-- € reduziert werden. Mit der Ausrichtung auf das Kalenderjahr 2013 sei ein Ausgleich dieses Haushaltsansatzes geplant.

Rückblickend auf die Haushaltsjahre 2009 und 2010 erklärte Bürgermeister Eidam, dass das Haushaltsjahr 2009 im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von 933.230,-- € und im Finanzhaushalt einen Betrag 635.510,-- € auswies.

Im Haushaltsjahr 2010 sei im Ergebnishaushalt ein Fehlbetrag von 1.147.710,-- € festgestellt worden und im Finanzhaushalt ein Fehlbetrag von 1.017.020,-- €. Im Jahre 2011 habe der Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von 1.353.150,-- € ausgewiesen, der im Nachtrag u.a. durch eine zusätzliche Gewerbesteuerzahlung auf 1.046.683,-- € reduziert werden konnte.

Im Finanzhaushalt sei ebenfalls eine Minderung im Nachtrag von 304.967,-- € auf 889.713,-- € möglich gewesen.

Zusammengestellt ergebe die Summe der Fehlbeträge von 2009 bis 2011 im Ergebnishaushalt den Betrag von 3,127 Mio. € und im Finanzhaushalt den Betrag von 2.542.243,-- €. Das bedeute, dass bis zum Ende 2011 eine fehlende Liquidität von 2,5 Mio. € vorliege.

Das habe zur Folge, dass eine Kreditaufnahme nicht mehr möglich, da nicht genehmigungsfähig sei.

Bürgermeister Eidam wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass die derzeitigen Kreditzinsen für Kassenkredite weitaus niedriger seien als für

reguläre Kredite.

Anzumerken bleibe hier, so Bürgermeister Eidam, dass noch Haushaltsreste, bezogen auf die Sanierung der Abwasserkanäle, zu leisten seien. Leistung und Auszahlung würden sich hier auf das Jahr 2012 übertragen und somit die Liquidität mit ca. 250.000,-- € belasten.

Zu dem aktuell vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 wies Bürgermeister Eidam noch einmal darauf hin, dass dieser einen Fehlbetrag von 815.187,-- € beinhalte. Der Gesamtbetrag der Erträge liege bei 9.137.200,-- € und der Gesamtbetrag der Aufwendungen bei 9.828.907,- €. Im Finanzhaushalt ergeben die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit den Betrag von 132.050,-- € und auf der Ausgabenseite den Betrag von 461.000,-- €. Die Finanzierungstätigkeit summiere daher in Einzahlung bei 328.950,-- € und in Auszahlung bei 433.850,-- €. Damit ergebe sich ein Finanzmittelfehlbedarf von 686.427,-- €.

Das bedeute, dass für das Jahr 2012 eine Kreditaufnahme in Höhe von 328.950,- € vorgesehen sei, wobei für die Tilgung der Kredite ein Betrag von 433.850,-- € eingeplant sei. Fasse man die Summe der Fehlbeträge von 2009 bis 2012 zusammen, erhalte man im Ergebnishaushalt den Fehlbetrag von 3.942.810,-- € und im Finanzhaushalt den Betrag 3.228.670,-- €.

Damit würden der Gemeinde im Finanzhaushalt bis Ende 2012 3.228.670,-- € fehlen. Aus diesem Grund sei die Erhöhung der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen im § 4 der Haushaltssatzung auf 3.250.000,-- € festgesetzt worden. Bürgermeister Eidam ging sodann auf einige im Finanzplan 2012 vorgesehenen Maßnahmen ein.

Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und

Maschinen für den Bauhof: 65.000,-- €

Neuanschaffung von Geräten und Ausstattung für die Feuerwehr (Einführung des landesweiten Digitalfunks) = 131.500,-- € (abzüglich

Landeszuschuss von 26.000,-- €)

Erneuerung der Feuerwehrgerätehäuser = 10.500,-- €

Multifunktionsplatz Wolfshausen 15.000,-- €

Investitionszuschuss für die Baulastablösungen der Kirchengemeinde = 112.600,-- € (abzüglich

Landeszuschuss von 56.300,-- €)

Einrichtungen für die Kindergärten, Geräte für Kinderspielplätze und ähnliches = 12.500,-- €

Investitionszuschüsse an Sportvereine = 3.500,-- €

Dorferneuerungsmaßnahme Allna = 40.000,-- € (abzüglich

Landeszuschuss von 22.000,-- €)

Maßnahmen für bebaute Grundstücke = 5.000,-- €

Straßenbaumaßnahmen mit Finanzierungsmodellen = 78.000,-- €

Allgemeiner Straßenbau = 40.000,-- €

Erneuerungen und Investitionszuschüsse seien vorgesehen sowie eine Umsatzsteuererstattung in Höhe von =16.000,-- €

und die Investitionspauschale des Landes Hessen in Höhe von = 45.000,-- €

seien als Einnahme eingeplant.

Aufgrund des neueren Fehlbetrages bestehe auch für das Haushaltsjahr 2012 die gesetzliche Forderung, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen und zu

beschließen. In dem beigefügten Entwurf seien die Bestandteile des Haushaltsplanes und die Ursachen beschrieben sowie denkbare Konsolidierungsmaßnahmen aufgeführt. Das Haushaltssicherungskonzept sei aus dem Maßnahmenkatalog der Vorjahre fortgeschrieben und aktualisiert worden.

Wiederholt seien die Mandatsträger aufgefordert, entsprechende Vorschläge für den Ausgleich des Ergebnishaushaltes vorzulegen, die verbindliche Festlegungen eines Konsolidierungszieles enthielten. Er bat um aktive Mitarbeit und darum, nachhaltig positive Strategien und Alternativen zu entwickeln.

Natürlich müssten weiterhin alle freiwilligen Leistungen einer Prüfung unterzogen werden. Das Haushaltssicherungskonzept habe für das Jahr 2012 ein Volumen von 187.300,-- €. Einzelheiten zum Haushaltssicherungskonzept seien in den Ausschüssen zu beraten und nach Möglichkeit auch umzusetzen.

Natürlich sei das leichter gesagt als getan, es werde um jeden Euro gekämpft und jede Maßnahme letztlich auch in Frage gestellt, da sich die Beteiligten am Verfahren über die Abwicklung nicht einig würden. Finanzieller Mehrertrag werde ausdrücklich gewünscht und gefordert, aber meistens verhinderten andere Modalitäten und besondere Eventualitäten die Realisierung.

Aber hier seien alle gefragt, es könne nicht alles dem Bereich der Verwaltung aufgebürdet werden. Er appelliere und bat daher noch mal die Mitglieder der gemeindlichen Gremien, auch der Ortsbeiräte, um konstruktive Mitarbeit.

Alle müssten hinter den Konsolidierungsmaßnahmen stehen und Eventualitäten auch in Kauf nehmen, sonst scheitere man bei einem Großteil der Maßnahmen oft schon bei der Umsetzung. Es müsse der Ernst der finanziellen Lage stärker in das Bewusstsein rücken. Es sei jedoch auch klar und deutlich zu sagen, dass selbst die Umsetzung aller Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept nur zu einem Bruchteil zur Konsolidierung beitragen würden. Die Umsetzung jeder einzelnen Maßnahme sei jedoch ein wichtiger Baustein.

Grundsätzlich werde die Gemeinde ohne einen akzeptablen kommunalen Finanzausgleich alleine nicht mehr leistungsfähig und damit handlungsfähig bleiben. Die notwendige Schuldenbremse der Landesregierung werde sich schon mittelfristig zu Lasten der Kommunen auswirken, da immer mehr Aufgaben auf die Kommunen verlagert, zugleich aber weitere Leistungen von ihr erwartet würden.

Das könne und werde natürlich nicht funktionieren und stehe einer gewollten Konsolidierung vehement entgegen. Er hoffe jedoch auf kurzfristige Lösungsansätze.

Die Gemeinde Weimar möchte sich als Kommune auch an der Energiewende beteiligen. Man wolle an dem Ziel des Landkreises mitarbeiten, in 2040 mit erneuerbaren Energien ausgestattet zu sein. Also werde in Weimar das Augenmerk vernehmlich auf Fragen der Energieeffizienz zu richten sein. Das müsse und solle umgesetzt werden. Denn gerade bei der Energieeffizienz bestehe die Notwendigkeit, zu investieren. Das Problem sei jedoch, dass die Gemeinde die finanziellen Mittel nicht parat habe. So bekomme man aufgrund der Haushaltslage keine Darlehns Genehmigung von der Kommunalaufsicht für entsprechende Projektierungen, man befinde sich also in einem Teufelskreis. Auch wenn die kommunale Zukunft nicht auf Rosen gebettet sei, müssten alle an der zukünftigen Leistungsfähigkeit arbeiten. Dabei seien alle kommunalen Vertreter persönlich aufgefordert, sich für eine Konsolidierung mit Engagement einzubringen. Es werde für die Zukunft Weitblick gefragt sein. Man benötige Denkansätze über den Horizont und den Tellerrand hinaus. Einfältigkeit und persönlicher Aktionismus würden hier einer Weiterentwicklung der

Leistungsfähigkeit entgegenstehen.

Sein Appell daher: Lassen Sie uns den Weg gemeinsam gehen. Lassen Sie uns trotz aller Eventualitäten positiv in die Zukunft schauen.

Er lege nun im Auftrag des Gemeindevorstandes die Haushaltssatzung 2012 mit ihren Anlagen der Gemeindevertretung und dem Ausschuss vor und bat um konstruktive Beratung und letztlich um Einvernehmen mit dem Haushaltsplanentwurf 2012, im Sinne und zum Wohle der Gemeinde und der Bürgerinnen und Bürger.

An dieser Stelle bedanke er sich, auch im Namen des Gemeindevorstandes, für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr. Er wünsche Allen und ihren Familien frohe Weihnachten, einen guten Rutsch ins neue Jahr und beste Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Hier beziehe er auch die anwesenden Gäste mit ein.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) beantragte die Überweisung des vorliegenden Haushaltsplanes 2012 mit seinen Anlagen an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten, Stellenplan, Investitionsprogramm) sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

10. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2011 hinsichtlich gemeindlicher Maßnahmen zum Hochwasserschutz

Drucksache: 60/7/2011/11-16

Herr Siegfried Koch (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor: Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen: Die Gemeinde Weimar führt die in ihrer Zuständigkeit liegenden Maßnahmen zum Hochwasserschutz für Bürger und deren Eigentum konsequent durch. Dazu gehört die Beseitigung der Schwachstellen an den bekannten, besonders gefährdeten Deichabschnitten, wie z.B. an der Mühle Argenstein und oberhalb der Mühle Roth. Für alle Deichabschnitte ist mindestens zweimal im Jahr eine Mahd sicherzustellen und Schwachstellen zu beseitigen. Durch eine jährliche Begehung der Deiche unter Federführung der Gemeinde mit Ortsbeirat, Anliegern und Unterer Wasserbehörde (vergleichbar einer Deichschau) ist der Zustand der Hochwasserschutzanlage zu überwachen und zu dokumentieren. Hierzu ist ein Deichbuch mit der Dokumentation von Mängeln und Maßnahmen zu führen. Die Gemeinde soll anschließend festgestellte, eigene Mängel beheben und den Anliegern zuzurechnende Mängel beheben lassen. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind im Haushalt für das Jahr 2012 einzustellen.

Zur Begründung führte Herr Koch aus, dass die Hochwasserstudie vom Dezember 2010 Lösungsmöglichkeiten zur Reduzierung der Hochwasserwellen aufzeige, diese aber noch Jahre bis zur Verwirklichung benötigten. Die Fachbehörden würden dazu noch auf den Hochwasserrisikomanagementplan Lahn warten, der allerdings erst 2013 vorliegen solle. Bis dahin seien die bestehenden Deiche der einzig wirksame Schutz vor Hochwasser. Für die

bestehenden Deiche habe die Gemeinde die Unterhaltungspflicht und damit auch die Verantwortung für deren Funktionsfähigkeit. Die Ertüchtigung der bestehenden Schutzdämme genieße aus Sicht seiner Fraktion äußerste Priorität. Der bisherige Ansatz von 5.000,-- € im Haushalt der Gemeinde sei unzureichend und müsse dem Aufwand entsprechend der Maßnahmen angepasst werden. Regelmäßige Deichschauern trügen wesentlich zum Erkennen von Schwachstellen und der Priorisierung erforderlicher Sofortmaßnahmen bei. Das Führen eines sogenannten Deichbuches halte seine Fraktion als Nachweis über durchgeführte gemeindliche Maßnahmen für sinnvoll. So seien die Schäden und die getätigten Maßnahmen der Gemeinde für die Bürger in geeigneter Form nachvollziehbar.

Frau Klein (FBW) erkundigte sich danach, ob der bisherige Haushaltsansatz von 5.000,-- € in jedem Jahr aufgebraucht worden sei.

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass der Hochwasserschutz sicherlich eines der wichtigsten Themen der Gemeinde sei und der Haushaltsansatz von 5.000,-- € nicht ausreiche.

Zum Thema Hochwasserschutz wolle er einige grundsätzliche Hinweise über Sachverhalte und Sachstände geben.

Zur Hochwasserschutzmauer in Argenstein liege eine Ausführungsplanung vor, ebenso die Bewilligung von Fördermitteln. Eine ursprüngliche Baukostenschätzung von 2007 weise hier den Betrag von 225.000,-- € sowie einen Landeszuschuss von 90.000,-- € aus. Diese Maßnahme könne ausgeschrieben werden, sobald die Flächenverfügbarkeit gewährleistet sei. Hier sei der Grundstückseigentümer bisher nicht kooperativ gewesen.

Aus diesem Grunde sei derzeit das RP Gießen eingeschaltet. Hier soll im Januar ein Gespräch zwischen Grundstückseigentümer und RP stattfinden.

Bezüglich des Hochwasserdeiches im Bereich Lahnbrücke und Mühle Nau im OT Roth liege für eine notwendige Maßnahme ebenfalls eine Kostenschätzung in Höhe von 330.000,-- € vor. Diese Maßnahme sei jedoch nicht förderfähig, so dass auf ein Gesamtkonzept zurückgegriffen werden müsse, das wiederum förderfähig sei. Durch den Flächenerwerb und die Erdauffüllungen in der Senke vor dem Deich sei eine provisorische Deichsicherung erfolgt. Zu den Uferabbrüchen hinter der Mühle sei zu berichten, dass der Lahn-Ohm-Verband eine zügige Deichsanierung in diesem Bereich in Aussicht gestellt habe.

Das Thema Hochwasserschutz und Deichinstandhaltung sei für die Gemeinde ein wichtiges Thema.

Derzeit werde daran gearbeitet, evtl. eine andere Klassifizierung bei den Wasserläufen festzustellen, so dass unter Umständen eine andere Zuständigkeit entstehe.

Bürgermeister Eidam ging sodann auf die Hochwasserstudie ein und die empfohlenen Maßnahmen, wie z.B. das Ausbaggern des Lahnbettes. Die zuständige Behörde hätte auf Nachfrage ausdrücklich empfohlen, die Ausbaggerarbeiten im Rahmen des Gesamtprojektes vorzunehmen. Welche Auswirkungen eine Einzelmaßnahme, wie z.B. das Ausbaggern des Lahnbettes bei Argenstein, auf die Unterlieger habe, sei derzeit noch völlig unklar. Die Durchführung dieser Maßnahmen gehe natürlich weit über die Unterhaltungsmaßnahmen hinaus und bedürfen einer naturschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Genehmigung. Daher der Vorschlag, den Hochwassermanagementplan vom RP und die Hochwasserstudien, die in 2013 vorliegen soll, abzuwarten. Dann könne das Hochwasserkonzept für die Gemeinde in Auftrag gegeben werden und dann sei es auch eine förderfähige Maßnahme, die eben auch den Flächenerwerb und die Erstellung eines

Deichbuches beinhalte.

Herr Rabenau (SPD) erklärte, dass der vorliegende Antrag nicht darauf abziele, was in Zukunft geplant sei. Bereits in der letzten gesamten Legislaturperiode sei an der Bestandspflege nichts passiert. Seiner Fraktion gehe es nicht um freiwillige Leistungen, sondern um die Pflichtaufgabe, die die Gemeinde hier zu erfüllen habe.

Herr Heuser (FBW) erklärte, dass seine Fraktion ein Problem darin sehe, zum derzeitigen Beratungsstand über diesen Antrag abzustimmen. Für seine Fraktion hätten die Maßnahmen eine größere Tragweite, denen Genehmigungsverfahren vorzuzugehen haben. Natürlich habe für seine Fraktion der Hochwasserschutz Priorität, allerdings sei für seine Fraktion der Antrag nicht hinreichend bestimmt und mit vielen rechtlichen Unwägbarkeiten und nicht geklärten Zuständigkeiten versehen. Seine Fraktion könne sich damit einverstanden erklären, den Antrag an die Ausschüsse zu verweisen, zu präzisieren, damit eine entsprechende Beratung stattfinden könne.

Herr Koch (SPD) erklärte, dass es seiner Fraktion derzeit nicht um die großen, förderfähigen Maßnahmen gehe, sondern dass man sich derzeit um die machbaren kleineren Dinge kümmere, dass man sich den Deich regelmäßig anschau, dass er regelmäßig gemäht werde.

Bezüglich der Hochwasserschutzmauer in Argenstein erhoffe er sich, dass die Maßnahme nun bald umgesetzt werde.

Bürgermeister Eidam erklärte ergänzend, dass die Deiche in der Gemarkung Argenstein, bis auf einen kleinen Bereich, beweidet werden. Darüber hinaus habe entsprechendes Mähgerät für den Bereich des Bauhofes angeschafft werden können, so dass der Deich entsprechend gemäht und gepflegt werden könne. Extensive Pflege werde auch im Bereich von Wolfshausen praktiziert, dort können ab 01.06. im laufenden Jahr entsprechende Mäharbeiten durchgeführt werden. Im Bereich Roth gestalten sich die Dammpflegearbeiten schwieriger, da dort der neue Mäher nicht eingesetzt werden könne. Er, so Herr Eidam weiter, könne sich vorstellen, dass man sich den Dammverlauf genau anschau und dann die entsprechenden Pflegearbeiten vornehmen könne.

Herr Kisslinger (CDU) wollte den, wie er meinte, vorwurfsvollen Ton in dem Antrag so nicht hinnehmen. Bürgermeister Eidam habe hinreichend erklärt, welche Maßnahmen geplant seien. Er erklärte für seine Fraktion, dass der Antrag konkretisiert werden sollte, da seine Fraktion ihm in der vorliegenden Form nicht zustimmen könne. Er gehe davon aus, dass die notwendigen Maßnahmen auch derzeit bereits durchgeführt werden.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass offensichtlich doch erheblicher Beratungsbedarf bestehe. Daher stelle er den Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ über den Antrag auf Überweisung in den Ausschuss abstimmen:

Beschluss: 9 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen.

Damit ist der Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz abgelehnt.

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) bat noch einmal, den Antrag zu präzisieren, damit klar erkennbar sei, welche Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

Danach stellte der Vorsitzende, Herr Barth, den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich gemeindlicher Maßnahmen zum Hochwasserschutz.

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen, 5 Stimmenthaltungen
Damit ist der Antrag abgelehnt.

11. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2011 zur Erstellung eines gemeindlichen Wärmekatasters

Drucksache: 60/6/2011/11-16

Herr Hintermeier (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, für die Gemeinde Weimar ein Wärmekataster erstellen zu lassen. Ziel des Katasters ist es, den Energieverbrauch zur Wärmeerzeugung in der Gemeinde differenziert beziffern zu können. Die Differenzierung soll nach Gebäudeart (private Wohngebäude, kommunale Einrichtungen, Gewerbeimmobilien), nach Baujahr, nach Ortslagen und nach Energiequellen erfolgen. Die erhaltenen Daten sollen in ein noch zu erstellendes kommunales Energiekonzept einfließen und dazu genutzt werden, gemeindeeigene Objekte wärmeenergetisch zu verbessern.

Zur Begründung führte Herr Hintermeier aus, dass der Energieverbrauch zur Wärmeerzeugung gegenüber dem Verbrauch zur Stromerzeugung in der Regel mehr als doppelt so hoch sei. In 2010 habe der Stromverbrauch hessenweit bei 40 TWh, der Wärmeverbrauch bei 90 TWh gelegen. Gleichzeitig böte die Wärmeenergie ein sehr hohes Potenzial für Energieeinsparung und Energieeffizienzmaßnahmen. Diese reichten von der energetischen Gebäudesanierung bis hin zur alternativen Heizquellen auf Solar- und Geothermiebasis. Im Zuge der Energiewende seien sich die Experten einig, dass überschüssige elektrische Energie, wie z.B. aus Windrädern, gespeichert werden müsse, um auch mit erneuerbaren Energien die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine zukunftsweisende Form der Energiespeicherung sei die Umwandlung von Strom in Methan, also Erdgas. Die Speicherung lohne sich vor allem dort, wo Wärmebedarf entstehe und wo ein Gasversorgungsnetz vorhanden sei, in welches das Gas aus dem Energiespeicher eingeleitet werden könne. Während bei der Erzeugung elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen beispielsweise das „Energieportal Mittelhessen“ des RP Gießen eine erste Abschätzung der Potenziale in einer Gemeinde geben könne, werde es in absehbarer Zeit kein vergleichbares Instrument für den Bereich Wärmeenergie geben. Für das nach Meinung seiner Fraktion dringend erforderliche Energiekonzept seien die Daten aus dem Wärmekataster ein unverzichtbarer Bestandteil.

Frau Klein (FBW) erkundigte sich danach, was Inhalt eines Wärmekatasters sei. Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass hier in Form von Fragebogen an Haus-, und Gebäudeeigentümern ein Wärmebedarf zu ermitteln und den energetischen Zustand der Gebäude festzustellen sei.

Für gemeindliche Objekte gebe es bereits eine solche Checkliste, die strukturiert sei nach Alter und Verbrauch. Wer daran Interesse habe, könne eine Ausfertigung erhalten. Auf diese vorliegenden Daten könne man sicherlich aufbauen. Sollte eine solche Erhebung für alle privaten Gebäude durchgeführt

werden, sei das natürlich mit einem riesigen Kostenapparat verbunden. Sein Vorschlag sei, im kommenden Jahr einen Energiebeirat zu bilden, der sich speziell mit Fragen der Energie und der erneuerbaren Energie usw. auseinandersetze.

Dem Beirat könnten dann Mitglieder aus allen Fraktionen angehören. Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz.

Herr Heuser (FBW) verwahrte sich gegen eine solche Abfrageaktion über den energetischen Zustand der privaten Gebäude. Für die gemeindlichen Liegenschaften bestehe laut Auskunft des Bürgermeisters offenbach eine solche Aufstellung, so dass er hier keinen weiteren Handlungsbedarf sehe.

Sodann ließ der Vorsitzende über den Antrag von Frau Schneider auf Überweisung des vorliegenden Antrages zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines gemeindlichen Wärmekatasters an den Ausschuss für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz zu überweisen.

Beratungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen

12. Anfragen

Schriftliche Anfragen:

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, erklärte, dass ihm 4 schriftliche Anfragen der FBW-Fraktion vorlägen, die allerdings gemäß der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung nicht rechtzeitig eingegangen seien.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass er die schriftlichen Anfragen gerne schriftlich bzw. in der nächsten Gemeindevertreter Sitzung mündlich beantworten wolle.

Man einigte sich darauf, dass der Fraktionsvorsitzende der FBW die schriftlichen Anfragen mündlich vortrug:

1. Eröffnungsbilanz der Gemeinde Weimar

Wann ist definitiv mit einer Fertigstellung der Eröffnungsbilanz der Gemeinde Weimar (Lahn) zu rechnen? Was sind die Gründe für die in der letzten Sitzung angedeuteten Verzögerungen?

2. Ansiedlung eines Nettomarktes im Gewerbegebiet Wenkbach

Unter TOP 2 „Mitteilungen des Bürgermeisters“ in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde mitgeteilt, dass der Gemeindevorstand die Ansiedlung eines Nettomarktes ablehne. Aufgrund der Bedeutung einer solchen Ansiedlung für die Gemeinde Weimar (Lahn) wird der Gemeindevorstand gebeten, der Gemeindevertretung die Gründe für diese Entscheidung mitzuteilen.

3. Kindergartenplätze für unter 3-jährige Kinder

Aufgrund der vorgelegten Zahlen zur Kinderbetreuung in der Gemeinde Weimar (Lahn) in Verbindung mit den Geburtenzahlen, wird der Gemeindevorstand gebeten,

1. der Gemeindevertretung mitzuteilen, wie viele Elternwünsche für einen Betreuungsplatz für ein unter 3-jähriges Kind im abgelaufenen Jahr abgelehnt werden mussten,

2. die Gemeindevertretung über seine Planungen und Konzepte für die notwendige Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften zur Schaffung von Betreuungsplätzen für unter 3-jährige Kinder zu informieren
4. **Haushaltssicherungskonzept 2011**
 1. Welche Maßnahmen wurden bis jetzt vom beschlossenen Haushaltssicherungskonzept des Haushaltes der Gemeinde Weimar (Lahn) 2011 umgesetzt?
 2. Sind noch weitere Maßnahmen zur Umsetzung zu erwarten?
 3. Werden Maßnahmen nicht umgesetzt?

Weitere mündliche Anfragen lagen nicht vor.

13. Verleihung von Ehrenbezeichnungen gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)

Drucksache: 11/41/2011/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, erklärte, dass 2 Personen gemäß § 51, Ziffer 3 HGO, in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn) zu ehren seien:

1. Frau Marianne Salowski, OT Nessenbrunn, die insgesamt 22 Jahre Ortsbeiratsmitglied bzw. Ortsvorsteherin des OT Nesselbrunn war. Ihr soll die Ehrenbezeichnung „Ehrenmitglied des Ortsbeirates Nesselbrunn“ verliehen werden.
2. Herr Werner Löwer, OT Argenstein: Er war insgesamt 22 Jahre ebenfalls Ortsbeiratsmitglied bzw. Ortsvorsteher des OT Argenstein. Ihm soll die Ehrenbezeichnung „Ehrenmitglied des Ortsbeirates Argenstein“ verliehen werden.

Herr Werner Löwer könne an dieser Sitzung jedoch nicht teilnehmen, so dass ihm die Ehrung in der nächsten Gemeindevertreterversammlung überreicht werde. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung überreichte Frau Salowski die Urkunde und nahm noch einmal auf die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Frau Salowski Bezug.

Bürgermeister Eidam überreichte ihr ein Blumenpräsent und beide bedankten sich für die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle des Ortsteiles Nesselbrunn.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

14. Ehrung verdienter Sportlerinnen/ Sportler, Mitbürgerinnen/ Mitbürger, Mannschaften

Drucksache: 31/10/2011/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärte, dass der Gemeindevorstand folgende Personen bzw. Mannschaften zur Ehrung vorgeschlagen habe:

1. JFV Weimar (Lahn) U16 – Juniorinnen, die Regionalmeister der Damenfußballerinnen im Bezirk Marburg-Gießen wurden.
2. Frau Christine Meißner, Oberweimar, die seit über 50 Jahren aktives Mitglied im Posaunenchor Oberweimar sei und sich seit 1990 um die Ausbildung der Jungbläser kümmere.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, nahm Bezug auf die noch junge Fußballerinnenmannschaft und die sportlichen Erfolge, die diese in der kurzen Zeit erreichen konnten.

Frau Anna Christine Meißner habe in ihrem Verein, dem Posaunenchor Oberweimar, durch ihre Mitgliedschaft und auch aufgrund ihrer Engagements in Bezug auf die Ausbildung der Jungbläser für den Fortbestand dieses Vereines aktiv beigetragen. Dafür gebühre ihre auch Dank und Anerkennung.

Sodann überreichte der Vorsitzende der Gemeindevertretung an die Vereinsvertreter der JFV Weimar (Lahn) U 16 – Juniorinnen und an Frau Anna Christine Meißner die Glückwunschkunden. Bürgermeister Eidam gratulierte den Sportlerinnen zu ihrem sportlichen Erfolg und Frau Christine Meißner für ihr Engagement im Vereinsleben. Als Dank überreichte Bürgermeister Eidam ein Geschenk und ein Blumenpräsent.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

15. Verschiedenes

- a) Herr Kisslinger (CDU) kam noch einmal zurück auf den Antrag der SPD-Fraktion (TOP 10) zum Thema Hochwasserschutz und trug noch nach, dass es für den Fall, dass es hier einen Mangel geben sollte, sich der Gemeindevorstand unverzüglich dieses Themas annehmen müsse.
- b) Herr Kisslinger (CDU) erklärte, dass in dem Gebührenhaushalt „Müllabfuhrgebühren“ trotz der Reduzierung der Müllabfuhrgebühr keine wesentliche Reduzierung der Rücklage erfolgte. Seine Fraktion werde daher bei den Beratungen des Haushaltes dieses Thema noch einmal aufgreifen.
- c) Termine für die nächste Sitzungsrunde:
23.01.2012 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
24.01.2012 Ausschuss für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz,
25.01.2012 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.
02.02.2012 Gemeindevertretung.
- d) Persönliche Erklärung von Herrn Möller (CDU), die nach Aussage des Vorsitzenden nicht kommentiert und diskutiert werde.

Da in der Gemeindevertreter Sitzung vom 10.11.2011 Herr Gemeindevertreter Stephan Wenz ihn persönlich angegriffen habe, wolle er an dieser Stelle ein paar Sachverhalte klarstellen:

Am Nachmittag vor der Sitzung am 08.09.2011 erhielt ich Unterlagen aus Lohra, eine E-Mail von Bürgermeister Apell aus Lahntal und dem Geschäftsführer der Stadtwerke, Herrn Kühn, wonach eine Strategie entwickelt werden solle, die anderen Gemeinden einzubinden und einen Fragebogen für die Gemeinde Lohra, der dann an die Stadtwerke und E.on zur Bearbeitung geschickt werden soll mit dem Autor, Herr Rainer Kühne. Daraufhin informierte ich Bürgermeister Eidam und fuhr in die Verwaltung, um mit ihm zu klären, wie wir uns verhalten sollen. Wir stimmten uns ab, den Ältestenrat vor der Sitzung zu informieren, was auch geschah.

Im Ältestenrat wurde besprochen, zum TOP „Konzessionsvergabe“ die Sitzung zu unterbrechen, damit jeder Fraktionsvorsitzende seine Fraktionsmitglieder in die Geschehnisse einweihen könne. Nach der Sitzungsunterbrechung wurde von mir eine Vertagung beantragt, der auch mehrheitlich zugestimmt wurde. Unterlagen waren zwischenzeitlich bei der Staatsanwältin Marburg und bei dem Bundeskartellamt vorgelegt worden. Die

Staatsanwaltschaft habe inzwischen die Ermittlungen eingestellt. Das Bundeskartellamt prüfe aber den Vorgang immer noch. In der Sitzung vom 10.11.2011 wurde sich mit deutlicher Mehrheit für die Stadtwerke entschieden. Trotzdem bleibe es das Recht und die Pflicht eines jeden Gemeindevertreters, bei Unklarheiten diese zu benennen und zu prüfen, um evtl. Schaden von der Gemeinde abzuwenden. Auch Fraktionen hätten das Recht, sich noch vor der Sitzung anders zu entscheiden und müssen dies nicht vorher bekannt geben. Er verbiete sich diesen oberlehrerhaften Ton des Herrn Wenz.

- e) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, erklärte, dass er die letzte Sitzung des Jahres nutzen wolle, um einige Ereignisse des ablaufenden Jahres aufzuzeigen.

Im März seien durch ein Erdbeben und den Tsunami in Japan verheerende Zerstörungen angerichtet und die Atomanlage Fukushima schwer beschädigt worden. Infolge dessen sei es zu dem bis dahin größten atomaren Zwischenfall gekommen. Als Folge dieser atomaren Katastrophe gebe es nun eine radikale Wende in der deutschen Energiepolitik mit dem Ziel der Abschaltung aller Atommeiler und dem Umstieg auf alternative Energiequellen. Diese habe auch Auswirkungen auf unsere Kommune und die zukünftige Energiepolitik.

Ein weiteres weltpolitisches Thema beeinflusse massiv das Handeln in unserer Gemeinde, die Eurokrise und den damit verbundenen Euro-Rettungsschirm.

Die neuerliche Finanzkrise führe dazu, dass die Kassenlage des Bundes und der Länder stärker belastet würden und die Belastungen auf die Kommunen übertragen werden. Als Beispiel sei hier die Schul- und Kreisumlage zu nennen.

Die Gemeinde Weimar habe seit Beginn dieses Jahres einen neuen Bürgermeister und seit April ein neues, verkleinertes Parlament, einen verkleinerten Gemeindevorstand und verkleinerte Ausschüsse.

Feierlich und offiziell sei der Lückenschluss B 3 in diesem Jahr freigegeben worden und auch der Bau der Ortsumgehung Ober- und Niederweimar gehe zügig voran. Dieser werde sicherlich spätestens Anfang 2013 abgeschlossen sein. Hier habe sich sicherlich die beharrliche Arbeit der Bürgerinitiativen positiv auf die Baufortschritte ausgewirkt.

Am Ende des Prozesses würden allerdings auch einige zusätzliche Kilometer Kreisstraße in das Eigentum der Gemeinde übergehen, welches nicht nur unseren Besitzstand mehre, sondern auch eine Belastung für die Gemeinde durch Folgekosten darstelle.

Die im Rahmen des Konjunkturprogrammes angestoßenen energetischen Baumaßnahmen, Kindergarten Niederwalgern und Bürgerhaus Niederweimar, seien erfolgreich abgeschlossen worden.

Im September habe in Roth der Hessenarchäologietag 2011 stattgefunden. Dies sei eine gute Werbung für das Projekt „Zeiteninsel in Argenstein“ gewesen und habe sogar ministeriale Befürwortung erhalten.

Als letzte Kommune im Kreis habe die Gemeinde die Entscheidung zur Vergabe des Stromnetzes an einen Anbieter getroffen, die von einer breiten Mehrheit getragen wurde. Dies könne ein gutes Zeichen für zukünftige Entscheidungen sein, bei denen im Vorfeld offen, sachbezogen und kontrovers diskutiert werden sollte. Bei diesen Diskussionen seien alle Meinungen wichtig und ernst zu nehmen, ohne sich dabei persönlich

anzugreifen. Dies gehöre auch zu einem vertrauensvollen Umgang miteinander.

Henry Ford, so Kurt Barth, habe einmal gesagt: *„Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt. Zusammenarbeit ist der Erfolg“*. In diesem Sinne werde man im kommenden Jahr genügend Gelegenheiten bekommen, sich zu beweisen. Man werde sich mit der Erstellung einer neuen Abwassersatzung zur Erhebung von getrennten Gebühren befassen müssen, der Vergabe des Gasversorgungsnetzes und mit dem Hochwasserschutz. Dies seien nur einige Punkte stellvertretend für die vielen künftigen Aufgaben.

Bei all diesen Aufgaben werde die Interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden oder mit den Gemeinden eines Verbandes eine große Rolle spielen, um hier Kosteneinsparungen zu erreichen.

Er möchte an dieser Stelle den Bediensteten in der Verwaltung und den Mitarbeitern des Bauhofes seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aussprechen. Persönlich bedanke er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Unterstützung, die er erhalten habe. Hier gelte sein besonderer Dank Herrn Dörr und der langjährigen Schriftführerin, Frau Rohrbach sowie Frau Böth und Frau Schmidt, die halfen, den heutigen Abend vorzubereiten und zu gestalten.

Bei dem Gemeindevorstand, Herrn Bürgermeister Eidam und seinem Stellvertreter, Herrn Bug, bedanke er sich für die gute Zusammenarbeit. Ein herzliches Dankeschön gehe auch an alle Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher für die Mithilfe zur Erledigung der Angelegenheiten in den Ortsteilen. Ortsbrandmeister Markus Herrmann, seinen Stellvertreter Oliver Grün und den Wehrführern mit ihren Kameradinnen und Kameraden der einzelnen Wehren gelte sein besonderer Dank und große Anerkennung für die geleistete Arbeit, die vielen Unterrichtseinheiten, Übungen und Einsätze. Auf die Wehren sei bei allen Einsätzen immer Verlass.

Auch bei der Pflege der Geselligkeit, hier sei zu nennen die Feier zur 20-jährigen Partnerschaft mit der Partnergemeinde Wutha-Farnroda. Er hoffe, dass dies ein Auftakt für die nächsten 20 Jahre guter Partnerschaft sei, die nur dann leben könne, wenn sie auch über Freundschaften einzelner Personen getragen würden.

Er danke allen Vereinen und dem Seniorenrat für die geleistete Arbeit. Er wünsche allen Vereinen engagierte Mitglieder, größtmöglichen Erfolg für das Jahr 2012, so dass auch im nächsten Jahr wieder viele Ehrungen durchgeführt werden können.

Sein weiterer besonderer Dank richtete er an den neu gegründeten Förderverein für Bürgerhilfe Weimar und der dort geleisteten Arbeit, bei den Bürgerinnen und Bürgern, die die ehrenamtlichen Fahrten des Bürgerbusses übernommen hätten. Auch die örtliche Presse mit ihren regelmäßigen Berichterstattungen schloss er in seinen Dank ein.

Sein Dank gelte natürlich auch allen Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde, die sich an irgendeiner Stelle ehrenamtlich für das Allgemeinwohl oder für das Wohl bedürftiger Bürger in der Gemeinde eingesetzt hätten.

Sein Dank gelte auch allen, die den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern die Möglichkeit geben, ihre Ämter auszuüben, womit er die Partnerinnen und Partner meine, die es zulassen, diese ehrenamtliche Arbeit mit der notwendigen Zeit ausüben zu können. Allen Zuhörerinnen und Zuhörern, den Mitgliedern der Gremien und ihren Angehörigen sowie allen Weimarer

Bürgerinnen und Bürgern wünsche er frohe, gesegnete und besinnliche
Weihnachten sowie allzeit Gesundheit und ein gutes erfolgreiches Jahr 2012.

Ende der Sitzung: 21.15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Kurt Barth

Rita Rohrbach